



Berliner Wassertisch

www.berliner-wassertisch.info

Vereint gegen Neoliberalismus und Demokratieabbau. Direkte Demokratie muss ausgebaut werden!

Mit den Initiativen der direkten Demokratie konnten einige Erfolge in Berlin erzielt werden. Doch werden Parlament und Regierung nach wie vor vom neoliberalen Politikgeist beherrscht. Daher müssen wir mit dem Volksbegehren die direkte Demokratie stärken.

(Berlin, 1. Mai 2016) Im Volksentscheid am 25. Mai 2014 haben die Berliner mit rd. 740.000 Ja-Stimmen mit dem Tempelhof-Gesetz beschlossen, dass der ehemalige Flughafen von Bebauung freigehalten werden soll. Doch nimmt der Senat den Volksentscheid anscheinend nicht ernst. Schon ein Jahr später beginnt er, den Volksentscheid schrittweise auszuhebeln. Mit dem „Gesetz zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen auf Randflächen des Tempelhofer Feldes“ vom 28.01.2016 nimmt er die erste Möglichkeit wahr, einzelne Parzellen für die Bebauung zu erschließen.

Ähnlich erging es dem Wasser-Volksentscheid. Mit dem Wasser-Volksbegehren wurde die Rückabwicklung der Wasserprivatisierung gefordert, die zu einem gerichtlich festgestellten Preismissbrauch, Arbeitsplatzabbau und Investitionsrückgang geführt hatte – während die Konzerne RWE und Veolia einen Milliardengewinn einfuhren. Doch wurden die Forderungen von Volksbegehren und Volksentscheidsgesetz, wenn überhaupt, nur halbherzig umgesetzt. Einzig Aktivisten des Berliner Wassertischs, des AKJ Arbeitskreis unabhängiger Juristen und Teile der Piratenfraktion versuchten ernsthaft, eine juristische Prüfung des vermutlich verfassungswidrigen Vertragswerks mit dem Ziel der Rückabwicklung zu erreichen.

Für den Milliardenverlust und Preismissbrauch hat keiner der politischen Entscheidungsträger von SPD, CDU und der LINKEN jemals Verantwortung übernommen. Selbst in der Geschäftsführung wurden keine Konsequenzen gezogen. Stattdessen wurden die neoliberalen Konzernstrategien und Kalkulationsgrundlagen nur geringfügig geändert weitergeführt. Nach dem Volksentscheid wurden die Kosten der übersteuerten Rekommunalisierung nicht nur auf die Berlinerinnen und Berliner abgewälzt, sondern auch auf die Beschäftigten. Das NEO-Programm der BWB wird weiter die Beschäftigung bei den Berliner Wasserbetrieben reduzieren und dringend benötigte dauerhafte Arbeitsplätze vernichten.

Obwohl die neoliberale Privatisierungspolitik immer zu Umverteilungen von unten nach oben, zu geringerem demokratischem Einfluss und zum Abbau gesicherter Arbeitsplätze führt, ist ihr Ende nicht in Sicht.

**Deshalb brauchen wir eine starke direkte Demokratie als Gegengewicht.
Wir müssen den „Volksentscheid retten!“**

Kontakt: Berliner Wassertisch

Wolfgang Rebel Telefon: 0152 57 23 34 84
Rainer Heinrich Telefon: 030 / 915 092 41
E-Mail: webmaster@berliner-wassertisch.info
Twitter: [@BWassertisch](https://twitter.com/BWassertisch)

c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Web: www.berliner-wassertisch.info
Facebook: [http://facebook.com/BWassertisch](https://facebook.com/BWassertisch)